

Kommunalwahlprogramm 2014

DIE LINKE steht für eine soziale, ökologische und solidarische Politik. Wir sind die Alternative zu den etablierten Parteien und deren Wirtschafts-, Gesellschafts- und Stadtentwicklungspolitik. DIE LINKE steht für Demokratisierung und Rekommunalisierung – eine Wiedergewinnung des öffentlichen Sektors für alle, die in den Städten und Gemeinden des Landes leben. Linke Kommunalpolitik ist ausgerichtet an den Interessen der Menschen in unserer Region. Ein Wirtschaftssystem und eine Politik, die die Profitinteressen einer kleinen Minderheit über alles stellt, muss Ungerechtigkeit, Umweltzerstörung und Krieg hervorbringen.

DIE LINKE steht für Vielfalt, ein selbstbestimmtes Leben und die Gleichberechtigung verschiedener Lebensweisen im friedlichen Nebeneinander. Wir entwickeln unsere Politik nach Grundüberzeugungen und sachlichen Kriterien. Wir verkaufen unsere Meinung nicht an Interessengruppen, tauschen sie nicht gegen Posten und orientieren sie nicht an „Meinungsumfragen“. Die Zukunftsgestaltung von Städten und Gemeinden darf nicht in Parteizirkeln, bürokratischen Verwaltungsrunden oder in der Grauzone sogenannter Hinterzimmergespräche mit wirtschaftlich starken Lobbyisten ausgehandelt werden. DIE LINKE steht für Solidarität statt Vereinzelung. Wir wollen eine inklusive Gesellschaft und eine Gemeinschaft, in der alle eine Chance auf ein eigenständiges Leben haben. Herkunft, Alter, Geschlecht oder Hautfarbe dürfen kein Hemmnis sein, sondern sollen und müssen vielmehr als Chance für eine Bereicherung der kulturellen Vielfalt begriffen werden. DIE LINKE steht für eine Gesellschaft, in der alle Menschen Bürgerrechte haben, die in der jeweiligen Stadt oder Gemeinde ihren Lebensmittelpunkt haben. Wir wollen, dass Menschen in jedem Ort besser leben können und sind daher für „Eine Stadt/Eine Kommune für Alle“, denn soziale Gerechtigkeit erfordert soziale, solidarische und ökologische Kommunen. Gerade in der Kommune, die den Menschen politisch am Nächsten ist, bietet sich die Möglichkeit direkt Einfluss zu nehmen und Dinge zu verändern oder umzusetzen.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Gute Arbeit, bezahlbares Wohnen, zuzahlungsfreie, qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung, chancengleiche Bildung, umweltfreundliche und bezahlbare Mobilität, vielfältige Kultur- und Freizeitangebote für alle, ökologische und natürliche Lebensbedingungen, kurze Wege für Jung und Alt;
- Grundlegende Bedarfssicherung für alle durch öffentliche Daseinsvorsorge in demokratischer Kontrolle statt weiterer Privatisierungen;
- Nein zu den Hartz-Gesetzen und – solange sie noch in Kraft sind – die Dämpfung ihrer unsozialen Folgen;
- Gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben statt Diskriminierung, für Mann und Frau, Junge, Alte, Menschen mit und ohne Behinderung sowie Sicherheit und Integration für Menschen mit Migrationshintergrund und Flüchtlinge statt Ausgrenzung;

- Zugang zu schulischer und sozialer Bildung, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, Ganztagsplätze in Kindergärten und Schulen für alle Kinder und Jugendlichen;
- Umfassende demokratische Mitwirkung, denn die Menschen müssen auch außerhalb von Wahlen an allen grundsätzlichen Entscheidungen beteiligt werden.

Wir stehen für eine Politik, die die Ausbeutung von Mensch und Natur überwindet, indem der Einsatz und Verbrauch der natürlichen Ressourcen sowie die Produktion und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums rational, sozial gerecht, nachhaltig und demokratisch geregelt wird. Dies fängt da an, wo die Menschen leben: im Stadtteil, in der Gemeinde, der Stadt und im Kreis. DIE LINKE will soziale Gerechtigkeit und Solidarität organisieren, kommunale bürgerschaftliche Demokratie entwickeln, eine nachhaltige, ökologisch vernünftige und auch für die Folgegenerationen trag- und zukunftsfähige wirtschaftliche Entwicklung auf der kommunalen Ebene durchsetzen.

Wir wollen eine verantwortungsvolle Strukturentwicklung auf der Basis der natürlichen Gegebenheiten in der Region, auf der Basis der grundlegenden Bedürfnisse der in Siegen-Wittgenstein lebenden Menschen und auf der Basis des Schutzes unserer (noch) wertvollen Umwelt in der Region einleiten und nicht zerstörerisch dagegen arbeiten – all dies sind für uns zentrale Aufgaben der kommunalen Politik.

DIE LINKE Siegen-Wittgenstein sorgt für soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Demokratie, Freiheit, Völkerverständigung, Umweltschutz, Abrüstung und Frieden – auch kommunal.

Auch in NRW vertieft sich die Spaltung in arme und reiche Kommunen. Grund ist vor allem die unzureichende finanzielle Ausstattung der Kommunen, die dringend einen höheren, ihren steigenden Aufgaben insbesondere im sozialen Bereich angemessenen Anteil am Gesamtsteueraufkommen erhalten müssen. Aus der derzeitigen Spirale sinkender Handlungsfähigkeit und wachsender sozialer Probleme führt nur ein gesamt-gesellschaftlicher Kraftakt heraus, der u. a. die Kommunen mit stabilen Steuereinnahmen ausstattet. Wir unterstützen die Forderung nach einem Solidarbeitrag für finanziell angeschlagene Kommunen in Deutschland. Allerdings nicht über den Weg, mit Hilfe einer „Abundanzumlage“ nur ein „bisschen arme“ zur Unterstützung „völlig verarmter“ Städte und Gemeinden heranzuziehen. Diesen „Soli“ müssen nicht Städte und Gemeinden und ihre Bürgerinnen und Bürger finanzieren, sondern in erster Linie Reiche und Erben von Millionenvermögen über den Weg höherer Steuerabgaben. DIE LINKE setzt sich auch für ein Schuldenmoratorium und einen Altschuldenfonds für die stark überschuldeten Städte und Gemeinden ein.

DIE LINKE

- fördert auf kommunaler Ebene genossenschaftliche und andere kollektive Formen der Selbstorganisation der Menschen für die Gewährleistung der Grundbedürfnisse des Lebens;
- ist entschieden gegen jede Privatisierung öffentlicher Daseinsfürsorge, gegen die Einschränkung öffentlicher Dienstleistungen und der damit einhergehenden Stellenvernichtung und tritt entschieden für die Rücknahme getätigter Privatisierungen auf kommunaler Ebene ein;
- macht sich stark für den Ausbau sozialer Einrichtungen für alle Bevölkerungsgruppen;

- steht für eine ökologische, ganzheitliche und nachhaltige Ausrichtung aller kommunaler Aktivitäten;
- sieht Kommunalpolitik untrennbar mit der globalen und landesweiten Entwicklung verbunden:

Global denken – lokal handeln
 und dadurch zum Umsteuern
 in unser aller Interesse
 konkret beitragen:
 das ist unser Motto.

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

DIE LINKE steht für einen demokratischen Sozialstaat mit guten sozialen Standards. Kommunalpolitik kann mit dazu beitragen, Arbeitslosigkeit, unsichere Beschäftigungsverhältnisse und die daraus resultierende Armut zu verhindern. Das kann beispielsweise dadurch erreicht werden, dass die Kommunen keine Arbeitsgelegenheiten („1 Euro-Jobs“) einrichten und Aufträge nur an Unternehmen vergeben, die soziale und tarifliche Mindestanforderungen einhalten. Auch die Rückführung von Leistungen der Daseinsvorsorge in öffentliche Trägerschaft verhindert Arbeitslosigkeit und Armut. Zur Sicherung sozialer Standards gehört es auch, dass Städte und Gemeinden sich an tariflich vereinbarte Vergütungen halten sowie in der Ausbildung und der Qualifizierung für ihre Beschäftigten eine Vorbildfunktion übernehmen.

DIE LINKE tritt dafür ein, dass kommunale Sozialpolitik ihre Möglichkeiten nutzt, die Kluft zwischen Arm und Reich zu verringern. Der Kampf gegen Armut hat für DIE LINKE auch in Siegen und dem Kreis Siegen-Wittgenstein höchste Priorität. Armut belastet nicht nur die Betroffenen, sondern auch die Kommunen. Die Jobcenter haben sich aus ihrer Verantwortung verabschiedet, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu schaffen. Die von Betroffenen häufig als „willkürlich“ empfundene Behandlung zeigt, dass Arbeitslosigkeit in den Kommunen lediglich noch „verwaltet“ wird. Solange die entsprechenden Bundesgesetze nicht geändert werden („Hartz IV muss weg!“) müssen die Kommunen flankierende Maßnahmen ergreifen, um soziale Benachteiligungen auszugleichen. Zu diesen Maßnahmen gehören u.a.: ein Sozialpass (ähnlich dem „Siegener Ausweis“), ein wirkliches Sozialticket für das Gebiet der VWS (Kreise Olpe und Siegen-Wittgenstein), soziale Stromtarife, verbesserte Erstattung bei den Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Empfänger/innen und ein breiter öffentlicher Beschäftigungssektor zu Tarifbedingungen. Über die Trägerversammlungen können die Kommunen Einfluss auf die jährlich zu beschließenden Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramme nehmen. Es gilt, DIE LINKE zu stärken, damit wir einen Platz in der Trägerversammlung des örtlichen Jobcenters erreichen, um uns für die Interessen der Betroffenen noch stärker einsetzen zu können.

Bildung

Die Kommunen müssen ihre Bildungslandschaft pflegen, damit der Bildungserwerb der Menschen unterstützt wird und sie sich wohlfühlen. Die Bildungsangebote müssen von der Kindertageseinrichtung über die Schule bis zur Universität kostenfrei sein. Es dürfen keine Gebühren erhoben werden und in den Schulen ist die volle Lernmittelfreiheit zu gewährleisten. Für Kinder von Eltern, die unterhalb der Armutsgrenze leben, sind kostenlose

„Schul-Startsets“ anzubieten. Die Angebote aus dem sog. „Bildungs- und Teilhabe-Paket“ sind ein erster Schritt in die richtige Richtung. Sie müssen ausgebaut, verstetigt und in der Umsetzung vereinfacht werden.

Kindertageseinrichtungen

In Kindertageseinrichtungen lernen Kinder die Grundformen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Diese Erfahrungen dürfen nicht an Kostenargumenten scheitern. Deshalb fordert DIE LINKE den kostenlosen Besuch von KiTas in allen angebotenen Formen. Die KiTas müssen in die Lage versetzt werden, alle Kinder aufnehmen zu können. In KiTas mit ganztägiger Betreuung gehört das gemeinsame Mittagessen zum pädagogischen Programm und ist kostenfrei anzubieten.

Wir haben daran mitgewirkt, dass der Rechtsanspruch für den Besuch einer Kindertageseinrichtung auch für Kinder unter 3 Jahren zum 1.8.2013 im Kreis Siegen-Wittgenstein erfüllt worden ist. Erforderlich ist jetzt die Verbesserung der qualitativen Situation in den Kitas z. B. durch eine Verbesserung der Betreuungsrelation. Der Ausbau der U 3-Betreuung darf aber nicht zu Lasten der Ü 3-Betreuung gehen. Bei entsprechenden Planungen ist dafür Sorge zu tragen, dass auch für Eltern, die ihre Kinder erst im Alter von 3 Jahren in eine KiTa schicken wollen, ein wohnortnahes Angebot zur Verfügung steht. In der Betreuung in der sog. „Kindertagespflege“ sehen wir nur einen Notbehelf, der bestenfalls geeignet ist, akute, unvorhersehbare Bedarfe abzudecken. Auch die Aufteilung in 25-, 35- und 45-Stunden-Angebote entspricht in vielen Fällen nicht der tatsächlichen Bedarfssituation. Wir werden die weitere Entwicklung intensiv und aufmerksam begleiten und ggf. Maßnahmen zur Bedarfsdeckung sowohl was die Zahl der Plätze als auch der Stundenkontingente angeht, einfordern.

Schulen

Mit unserer Schulpolitik möchten wir für alle Kinder und Jugendlichen eine offene und demokratische Schulwelt schaffen. Deshalb tritt DIE LINKE für „Eine Schule für alle“ ein, die alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam vom 1. bis zum 10. Schuljahr besuchen. Solange landesgesetzliche Regelungen die Umsetzung dieses Konzepts verhindern, unterstützt DIE LINKE interessierte Eltern bei der Errichtung von weiteren Gesamtschulen in Siegen oder in anderen Städten und Gemeinden des Kreisgebiets. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass bei allen Schulentwicklungsplanungen die Option für „Eine Schule für alle“ offen gehalten wird.

Die Einführung der sog. Sekundarschule als Möglichkeit zum Erhalt unterschiedlicher Abschlussarten in Wohnortnähe trägt kaum zur Überwindung der Stufigkeit unseres Schulsystems bei. Wo bislang im Kreisgebiet solche Schulen eingerichtet wurden, hätte man sich eigentlich gleich für die Lösung „Gesamtschule“ entscheiden können. Nach unserer Überzeugung kann nur mit dem Konzept „Eine Schule für alle Kinder“ dafür gesorgt werden, dass nicht länger vor allem der soziale Status über den Lernerfolg der Kinder entscheidet.

Bei zurückgehenden Schülerzahlen ist vor allem in den Grundschulen der Grundsatz „kurze Wege für kurze Beine“ zu beachten. Kleinere Klassengrößen, jahrgangsübergreifend geführte Schulklassen oder Schulverbünde sind Alternativen zu Schulschließungen. Dringend erforderlich sind eine Reduzierung der Mindestklassengrößen, eine deutliche Verbesserung der Schüler/Lehrer-Relation sowie Stellenzuweisungen bei den Lehrkräften, die sich an den Bedürfnissen der einzelnen Schulen und nicht des gesamten Bereichs der Schulträger (also Städte und Gemeinden) orientieren.

Darüber hinaus können dringend erforderliche Beratungs- und Förderangebote, künstlerische Gestaltungsmöglichkeiten und handwerkliche Mitarbeit, sportliche und

musikalische Betätigungen sowie demokratisches Lernen dazu beitragen, dass die Schulen mit Leben erfüllt werden und die individuelle Förderung in der Gemeinschaft von Kindern und Jugendlichen im Mittelpunkt des Schullebens steht.

Im Kreistag haben wir – in Gemeinschaft mit anderen – erfolgreich dafür gestritten, dass die zunächst vom Bund geförderte Einrichtung von Stellen für die Schulsozialarbeit bis zum Ende des Schuljahrs 2013/14 fortgeführt wird. Wir werden uns in allen Städten und Gemeinden und auf der Kreisebene dafür einsetzen, dass diese Arbeit auf Dauer etabliert wird.

Inklusion

Grundlage und Maßstab bildet die UN-Behindertenrechtskonvention. Der darin festgeschriebene Inklusionsgedanke bedeutet, dass kein Mensch ausgeschlossen, ausgegrenzt oder an den Rand gedrängt werden darf. Als Menschenrecht ist Inklusion verknüpft mit den Ansprüchen auf Freiheit, Gleichheit und Solidarität.

Die Kommunen müssen Inklusionsbeauftragte ernennen, die in allen Fragen der örtlichen Daseinsvorsorge und Gestaltung gehört werden müssen. Die Organisationen und Vertretungen der Menschen mit Behinderungen müssen gehört und ihre Anliegen vor Ort berücksichtigt werden. Inklusion ist in allen Bereichen des Bildungssystems – vom Kindergarten bis zur Universität – umzusetzen, die Absonderung muss beendet werden. Barrierefreiheit ist in allen Lebensbereichen sicherzustellen.

Volkshochschulen

Die Angebote der Volkshochschulen müssen so ausgebaut werden, dass das lebenslange Lernen Freude macht. Die Nutzer von Volkshochschulbildung sind an wohnortnahen, vielfältigen Angeboten interessiert. Entsprechende Angebote steigern die Qualität der Volkshochschulen. Wir haben im Kreistag und den Stadt- und Gemeinderäten die Diskussion um die Zusammenführung der beiden Volkshochschulen im Kreis und in der Stadt Siegen kritisch begleitet. Sollte es zu einer Zusammenlegung beider Einrichtungen kommen, werden wir dem nur zustimmen, wenn ein umfassendes Angebot an Kursen in allen Städten und Gemeinden des Kreisgebietes aufrechterhalten wird und die Möglichkeit von Informationen auch außerhalb Siegens (z. B. durch Zweigstellen) gegeben ist.

Jugendbegegnungsstätten – Freizeittreffs

Die bestehenden Jugend- und Freizeittreffs sind so auszugestalten, dass sie Angebote bereithalten, die für alle Kinder und Jugendlichen attraktiv sind. Darüber hinaus müssen freie und selbst verwaltete Jugendeinrichtungen gefördert oder, wenn ein entsprechender Bedarf besteht, neu eingerichtet werden. Jugendliche durch ordnungsbehördliche Maßnahmen von öffentlichen Plätzen zu verbannen, ist kein Ersatz für eine zielgruppenorientierte Jugendarbeit.

Verkehrspolitik

Eine vernünftige und nachhaltige Verkehrspolitik muss Alternativen zum ständig zunehmenden Auto- und vor allem Schwerlastverkehr fördern. Durch den weiteren Aus- und Neubau von Straßen kann das Problem der zunehmenden Belastung von Bürgerinnen und Bürgern und der Umwelt nicht gelöst werden. Der Ausbau der Bahnstrecken (insbesondere der Tunnelprofile) von Siegen nach Hagen, Köln, Gießen und Erndtebrück ist eine wesentliche Voraussetzung für den Umstieg von der Straße auf die Schiene – sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr. Dafür setzen wir uns nach wie vor ein.

Die weitere Defizitabdeckung des Siegerlandflughafens durch Haushaltsmittel des Kreises Siegen-Wittgenstein (auch über den Umweg über die Betriebs-Beteiligungsgesellschaft)

lehnen wir ab. Die über 1 Million Euro, die dafür Jahr für Jahr aufgebracht werden müssen, stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen des Flughafens. Dass in den ersten 2 Jahren nach einem Ausstieg auf Grund bestehender Verträge keine Einsparungen erzielt werden können spricht nach unserer Auffassung für einen sofortigen Ausstieg und ist kein Argument gegen einen entsprechenden Beschluss des Kreistages (wie vom Landrat und CDU und SPD immer behauptet).

Attraktiver Nah- und Fernverkehr

DIE LINKE befürwortet den Ausbau der Angebote des ÖPNV z. B. durch die Einrichtung eines S-Bahn-Verkehrs auf den Strecken (Betzdorf)-Niederschelden-Siegen-Kreuztal-Littfeld/Bad Berleburg sowie Siegen-Kaan-Marienborn-Rudersdorf-Dillenburg. Zur Attraktivitätssteigerung eines solchen Angebots gehören die Wiederinbetriebnahme der Haltepunkte Siegen-Ost und Niederdielfen, die Anlage weiterer Haltepunkte z.B. in Kaan und in Buschhütten sowie die Neukonzipierung eines zentralen Umsteigebahnhofs im Raum „Kaisergarten“.

Siegerland und Wittgenstein sind derzeit vom Fernverkehrsnetz der Bahn „abgehängt“. Trotz des – u.a. wegen der ungünstigen Abfahrtszeit in Siegen – gescheiterten Experiments mit einer EuroCity-Verbindung von Siegen in Richtung Frankfurt a.M./München müssen weiterhin alle Anstrengungen unternommen werden, um zumindest die Wiederherstellung eines Taktverkehrs für IC-Züge auf der Strecke Hagen-Siegen-Frankfurt zu erreichen. Wenn die Ausbauarbeiten auf der Strecke beendet sind, könnte auch ein IC-Verkehr von Köln über Siegen nach Gießen/Kassel eingerichtet werden. Ein Anschluss an den überregionalen Fernverkehr würde auch die Attraktivität der Universitätsstadt Siegen für Tagungen und Kongresse steigern.

Der erneute Verkauf der VWS zeigt in aller Deutlichkeit, dass auch der öffentliche Personennahverkehr zum Spielball finanzpolitischer Interessen geworden ist. Es ist abzusehen, dass beim ÖPNV die Zeit für eine Rekommunalisierung nicht mehr weit entfernt ist. DIE LINKE würde eine solche Entwicklung begrüßen und befördern, da damit der Lohndrückerei auf dem Rücken der Beschäftigten ein Riegel vorgesetzt und vor allem einer weiteren Verschlechterung des Strecken- und Taktangebots entgegengewirkt werden könnte. Öffentlicher Nah- und Fernverkehr gehören für uns zur Daseinsvorsorge und deshalb auch in öffentliche Trägerschaft. Es kann auch nicht sein, dass die Kosten für diese öffentliche Aufgabe allein von den Nutzern, die darauf angewiesen sind, getragen werden. Denn von einem wirklich attraktiven Angebot, das auch Autofahrer dazu bringen könnte, auf Bus und Bahn umzusteigen, ist der ÖPNV in Siegen-Wittgenstein weit entfernt. Ein konsequenter Ausbau des „Park and Ride-Systems“ wäre dazu ein wichtiger Schritt. Notwendig ist auch eine länderübergreifende Absprache zur Gültigkeit von Tickets der in und um unsere Region herum agierenden Verkehrsverbände, die bislang alle an den Kreisgrenzen enden.

Sozialticket

Unsere Fraktion im Kreistag hat die Einführung eines Sozialtickets wieder auf die Tagesordnung gebracht. Im Kreistag fand sich letztlich aber erst dann eine Mehrheit für die Einführung einer sog. „MobilitätsCard“, als das Land NRW Gelder für die Einführung bereitstellte. Die „MobilitätsCard“ ist allerdings mit einem Preis von 29 Euro für den Kreis der Bezugsberechtigten (z. B. Empfänger von Leistungen nach SGB II und XII) schlicht zu teuer. Unser Antrag, den Preis auf 19 Euro zu senken ist im Sommer 2013 (leider) abgelehnt worden. Wir werden aber nicht locker lassen in dem Bemühen, im Kreistag zu einer bezahlbaren Lösung und damit zu einem echten Sozialticket zu kommen. Die ab dem Schuljahr 2014/15 geplante Einführung eines kostenlosen Schülertickets im Gebiet der VWS

sehen wir mit einem „lachenden“ und einem „weinenden“ Auge. Einerseits ist zu begrüßen, dass es für Schülerinnen und Schüler ein solches Angebot geben soll, andererseits sehen wir mit erheblichen Bedenken, dass ein privatwirtschaftlich agierendes Unternehmen mit Mitteln aus den Haushalten von Städten, Gemeinden und des Kreises unterstützt werden soll. Beim Sozialticket ist das von der Kreistagsmehrheit noch abgelehnt worden. Wie das Beispiel „Schülerticket“ zeigt, bedarf es vor allem des politischen Willens, um derartige Angebote zu realisieren. Wir wollen mit dafür sorgen, dass dieser Wille künftig auch beim Sozialticket zum Tragen kommt.

Straßenverkehr

DIE LINKE ist nach wie vor gegen den Weiterbau der A 4 und lehnt auch die „kleine Lösung“: Ausbau der Ferndorf-Eder-Lahn-Straße (FELS) ab. Auch die neuerdings in die Diskussion gebrachte „Route 57“ mit einer sog. „Ortsumgehungskette“ von Kreuztal bis Erndtebrück und einer Fortsetzung durch das Edertal bis Frankenberg, lehnen wir ab. Der Nutzen dieser Verbindungen für den Fernverkehr steht in keinem vernünftigen Verhältnis zu den Belastungen für die Anwohner und die Natur in den betroffenen Gebieten. Vorrang hat für uns der Erhalt und die Ertüchtigung des vorhandenen Straßennetzes. Die aktuelle Situation an der B 62 im Bereich „Kronprinzeneiche-Lützel“ zeigt, wohin es führt, wenn Missstände über Jahre hinweg nicht beseitigt werden. Für viele Unternehmen im Kreisgebiet, die auf Schwerlastverkehre angewiesen sind, müssen Korridorlösungen auf den vorhandenen Straßen festgelegt und realisiert werden.

Um die vorhandenen Bundes-, Landes- und Kreisstraßen vom Lkw-Verkehr („Mautflüchtlinge“) zu entlasten, sind einerseits Nutzungsbeschränkungen auszubringen und deren Einhaltung durch verkehrspolizeiliche Maßnahmen zu gewährleisten und andererseits die Voraussetzungen für eine Verlagerung des Güterfernverkehrs auf die Schiene zu verbessern. Wir lehnen daher den Bau eines Containerumschlagsbahnhofs in Kreuztal nicht grundsätzlich ab, fordern aber, dass die Belastungen für die betroffenen Anwohner so gering wie irgend möglich gehalten werden.

Planungen für Umgehungsstraßen in besonders vom Straßenverkehr belasteten Orten können nur in enger Abstimmung mit den Einwohnerinnen und Einwohnern in den betroffenen Städten und Gemeinden erfolgen. Sinnvolle Lösungsvorschläge – z. B. Tunnelbauten – dürfen nicht durch das Kostenargument abgewürgt werden. Was andernorts möglich ist, muss auch in Siegen-Wittgenstein möglich sein.

Stadt- und Regionalentwicklung

In Siegen und im Kreis Siegen-Wittgenstein fehlt seit Jahren eine zukunftsweisende Stadt- und Regionalplanung. Die Maßnahmen im Zusammenhang mit der „Regionale Südwestfalen“ haben zwar einige positive Ergebnisse gebracht, was fehlt ist wegen der zeitlichen Begrenzung (bis 2014) allerdings die Nachhaltigkeit. In Siegen ist die auch von uns im Kommunalwahlprogramm 2009 geforderte Umgestaltung im Bereich „Siegplatte-Kölner Tor“ angepackt und der städtebauliche Schandfleck „Siegüberkragung“ entfernt worden. Leider ist die in diesem Zusammenhang von uns angeregte Umwandlung des Übergangs zwischen Unter- und Oberstadt am Kölner Tor in eine reine Fußgängerzone nicht realisiert worden. Wir werden die Entwicklung in diesem Bereich nach dem endgültigen Abschluss der Baumaßnahmen aufmerksam verfolgen um ggf. nochmals aktiv zu werden.

Gewerbeflächen

Auf Grund der topografischen Lage ist die Ausweisung neuer Gewerbegebiete im Kreis Siegen-Wittgenstein immer mit Problemen behaftet. Was nach wie vor fehlt ist ein Gewerbeflächenkataster in das auch Brachflächen und Flächen, die Unternehmen gehören,

derzeit von diesen aber nicht genutzt werden, einzubeziehen sind. Wir lehnen die geplante Errichtung eines Gewerbegebiets im Bereich „Oberschelden“ nach wie vor ab, weil die Anbindung an das Straßennetz nicht ohne erhebliche Beeinträchtigungen für die Anwohner und die Natur gelingen kann.

Das Grundproblem der Konkurrenz zwischen den Städten und Gemeinden bei der Ansiedlung von Betrieben kann nur im Rahmen einer Neuordnung der Gemeindefinanzen zufriedenstellend gelöst werden. Dafür setzt sich DIE LINKE auf Bundes- und Landesebene ein.

Ökologie und Energiepolitik

Der Sturm „Kyrill“ war eine erste ernsthafte Warnung. Weitere Naturkatastrophen – auch wenn sie sich noch in fernen Ländern abspielen – zeigen, dass die Folgen der sich entwickelnden Klimakatastrophe auch an unserer Region nicht spurlos vorüber gehen werden. Wir können, insbesondere im Interesse der nachfolgenden Generationen, nicht länger so tun, als hätten wir noch eine „Reserve-Erde“ im Gepäck. Das Ziel kommunaler Ökologie- und Energiepolitik muss es deshalb sein, den Einsatz fossiler Energieträger in und für die kommunalen Einrichtungen soweit wie möglich zu reduzieren, um den Ausstoß des Klimakiller-Gases CO₂ schnell und effizient abzubauen.

DIE LINKE hat sich aktiv dafür eingesetzt, dass kommunale Neubau- und Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Energietechnik hohe Standards erfüllen um den Zielen einer drastischen Energieeinsparung näher zu kommen. Wir wollen, dass die kommunale Fahrzeugflotte auf alternative Antriebstechniken (Gas, Elektroantrieb) umgestellt wird und alle im Besitz der kommunalen Gebietskörperschaften (Gemeinden, Städte, Kreis) befindlichen Gebäude auf ihre Tauglichkeit hinsichtlich des Einsatzes von Solaranlagen geprüft und ggf. entsprechend umgerüstet werden.

Die Vorgänge um die Atomkraftwerke in Fukushima haben gezeigt, dass unsere Forderung nach einer massiven Reduzierung des Einsatzes der endlichen, fossilen Energieträger Öl, Kohle und Kernkraft und die Wende hin zu den klima- und zukunftsfreundlichen erneuerbaren Energieträgern Sonnen-, Wind- und Wasserkraft sowie Biomasse kein unrealistisches Wunschdenken war. Der Abschied von den „alten“ Energieträgern muss unumkehrbar bleiben.

In den letzten Jahren sind auch im Kreisgebiet eine Reihe von Windenergieanlagen errichtet worden. Selbst wenn man über die ästhetische Wirkung dieser Anlagen auf das Landschaftsbild unterschiedlicher Meinung sein kann, so ist der kontinuierliche Ausbau der Windenergieanlagen eine wichtige Aufgabe auch in den kommenden Jahren. Für uns ist in diesem Zusammenhang der Bildung von „Bürgerwindparks“ Vorrang einzuräumen vor den Interessen privater Investoren. Notwendig ist auch die strikte Einhaltung gesetzlicher Bedingungen (z. B. Mindestabstand zu Wohngebäuden, Berücksichtigung von Schlag-schatteneffekten) sowie die Beachtung von Geboten des Natur-, Landschafts- und Tierschutzes sowie eine kritische Überprüfung und ggf. Veränderung eben dieser Vorgaben. Die Städte und Gemeinden sollten sich bereitfinden, zumindest auf Kreisebene zu einem abgestimmten Verfahren hinsichtlich der Neuanlage derartiger Anlagen zu kommen. Die aktuellen Entwicklungen z. B. in Wilnsdorf und Bad Berleburg zeigen deutlich, dass auch eine Landesgrenzen übergreifende Planung dringend erforderlich ist.

Wohnungsbau

DIE LINKE will den sozialen Wohnungsbau wieder ankurbeln und tritt für eine Stärkung des öffentlich geförderten, sozialen Wohnungsbaus ein. Das Verschleudern öffentlichen Wohnraums, wie bei den Wohnanlagen auf dem Fischbacherberg in Siegen und der

Erlersiedlung in Kreuztal muss beendet werden. Die Mieterinnen und Mieter dort erfahren zur Zeit „am eigenen Leib“ wohin es führt, wenn Häuser und Wohnungen vor allem dazu dienen, für die Inhaber möglichst hohe Renditen zu erzielen. Nach unserer Auffassung kommt es vorrangig darauf an, die Wohnungen in einem ordentlichen, modernen Ansprüchen genügenden Zustand zu erhalten, den Gebäudebestand dynamisch weiterzuentwickeln und die vorhandenen Flächen städteplanerisch zu nutzen.

Der starke Anstieg der Studierendenzahlen an der Universität Siegen hat die Unterversorgung mit bezahlbarem, studentischem Wohnraum deutlich gemacht. Neben dem Einwirken auf die Landesregierung, die –auch im Vergleich mit anderen Universitätsstädten– zu geringe Zahl von Wohnheimplätzen in Siegen zu korrigieren, müssen auch alle anderen Möglichkeiten genutzt werden, hier wirksame und schnelle Abhilfe zu schaffen. Am entsprechenden politischen Willen hat es in den letzten Jahren leider häufig gefehlt.

DIE LINKE tritt für eine stärkere Verbindung von Städtebauförderung und Quartiermanagement mit Elementen der Beschäftigungsförderung sowie die Zusammenführung von Arbeit, Wohnen und Freizeit ein und lehnt eine weitere Zersiedelung der Landschaft – gerade auch im Zeichen zurückgehender Bevölkerungszahlen – ab.

Antifaschismus, Rechtsextremismus, Rassismus

Obwohl im offiziellen Sprachgebrauch der Verantwortlichen in unserer Region derzeit von einem Rückgang im Bereich rechtsextremer Straftaten und der rechtsextremen Szene im allgemeinen die Rede ist, beobachtet DIE LINKE nach wie vor mit Aufmerksamkeit und Sorge die Aktivitäten rechtsextremer Gruppen und Parteien im Kreis Siegen-Wittgenstein. Die Vorgänge in Freudenberg haben gezeigt, dass nicht Verschweigen, sondern die öffentliche Auseinandersetzung mit diesem Gedankengut notwendig und erfolgreich ist. Im Kreistag hat die Fraktion DIE LINKE einen Antrag eingebracht, mit dem die Kreisverwaltung aufgefordert wurde, jährlich einen Bericht über rechtsextremistische Aktivitäten – insbesondere Straftaten – abzugeben. Leider hat sich die Kreistagsmehrheit nur dazu durchringen können einen jährlichen Bericht über „Extremismus“ einzufordern. Damit hat sich die Mehrheit im Kreistag die unsinnige Gleichsetzung von „Rechts-“ und „Links-“ Extremismus zu eigen gemacht, die von konservativen Kreisen in Wissenschaft und Politik mit dem Ziel gepflegt wird, vom Umfang der Gefahren von Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Verunglimpfung der Demokratie und Gewalt gegen politisch Andersdenkende abzulenken. Rechtsextreme Ideen und daraus resultierende Taten sind u.a. mit Strafverfahren, Organisationsverboten, Schutz der Opfer und Aufklärung über ihre politische Verbreitung zu bekämpfen. Auch die Förderung von Bildungsarbeit, die sich mit Rechtsextremismus als Einstellungsmuster in der Mitte der Gesellschaft befasst, muss verstärkt werden.

DIE LINKE fordert:

- eine sofortige und konsequente Ahndung aller antisemitisch und rassistisch motivierten Straftaten
- den Ausbau und Erhalt von Projekten, die sich entschlossen gegen Antisemitismus Rechtsextremismus und Rassismus richten

sowie

- eine jährliche Berichterstattung – die diesen Namen auch verdient - über rechtsextremistische Straftaten und die entsprechende Szene.

Demokratische Teilhabe

DIE LINKE setzt sich für den Ausbau von Entscheidungsbefugnissen und Mitwirkungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger ein. In allen Kommunen in NRW soll der Bürgerhaushalt eingeführt werden, d.h. Bürgerinnen und Bürger können über Teile des kommunalen Haushalts mitentscheiden. Dazu sind ausführliche Informationen erforderlich, die dazu anregen, sich an dieser Form der Mitwirkung aktiv zu beteiligen. Die Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide müssen herabgesetzt, Bürgerversammlungen zu wichtigen kommunalpolitischen Themen einberufen werden. Als erster Schritt zu mehr Offenheit und Transparenz werden unsere Partei- und Fraktionssitzungen grundsätzlich beteiligungsoffen gestaltet. Wir laden auch weiterhin alle Bürgerinnen und Bürger ein, sich schon im Vorfeld von Entscheidungen an unseren Diskussionen zu beteiligen, auch wenn sie keine Mitglieder unserer Partei sind. Wir wollen offene, tolerante, sichere und bunte Städte und Gemeinden. Im Kreis muss mindestens eine zentrale Informations-, Beratungs- und Bildungsstelle gegen Gewalt eingerichtet werden, die Schulen, Jugend- und Familieneinrichtungen in ihrer Bildungsarbeit unterstützt.

Gesundheit

DIE LINKE tritt für den Erhalt und den Ausbau des Kreisklinikums in öffentlicher Trägerschaft ein. Wohin die Privatisierung von Kliniken führt, kann man derzeit in Bad Berleburg hautnah miterleben. Auch die Vorgänge um die Klinik in Kreuztal-Kredenbach haben deutlich gemacht, dass selbst Kliniken in Trägerschaft sozialer und kirchlicher Einrichtungen nicht in erster Linie einer dezentralen Versorgungssicherheit verpflichtet sind, sondern zum Spielball der Interessen von („Sozial“-) Konzernen werden. Gesundheit ist – genauso wie Bildung - keine Ware, die mit dem Ziel der Gewinnerzielung auf den „Markt gebracht“ werden kann. Wir haben im Kreistag die Bemühungen zum Erhalt der Kinderklinik in Siegen unterstützt und werden dies auch weiterhin tun. Was wir nicht unterstützen ist der Versuch, eine Lösung der Probleme zu Lasten der dort Beschäftigten zu erreichen.

Bei der Fortschreibung der Krankenhausbedarfsplanung in NRW werden wir uns für den Erhalt wohnortnaher Krankenhäuser einsetzen.

DIE LINKE fordert die Einrichtung einer psychosomatischen Abteilung am Kreisklinikum. Seelische und soziale Probleme spielen als Bedingungen von Krankheit eine entscheidende Rolle. Sie können in den gegebenen Strukturen zu wenig berücksichtigt werden. Bei der Behandlung von psychisch Kranken befürworten wir einen weiteren intensiven Ausbau des ambulanten Bereichs zur Herstellung möglichst unmittelbarer Kontakte und zur Vermeidung von Zwang. Die im Zuge der Umstrukturierungen in der Kinderklinik in Siegen eingerichtete Abteilung für Kinder- und Jugendpsychiatrie betrachten wir als einen wichtigen Schritt zu einer besseren, wohnortnahen Versorgung in diesem Bereich.

Insbesondere in den eher ländlichen Regionen müssen in den nächsten Jahren verstärkt Anstrengungen zum Erhalt einer wohnortnahen ärztlichen Versorgung unternommen werden. Neben der Errichtung medizinischer Versorgungszentren ist auch der Fortbestand von allgemeinmedizinischen und zahnärztlichen Praxen sicherzustellen.

Kultur

Es gilt, die kulturelle Vielfalt in all ihren Facetten zu schützen, weiterzuentwickeln und zu fördern. Eine hoch entwickelte kulturelle Infrastruktur und eine lebendige kulturelle Szene erhöhen die Lebensqualität in einer Gemeinde. Theater, Museen, Orchester, Bibliotheken,

Musik- und Kunstschulen sind dabei ebenso zu fördern wie die Angebote freier Künstler, Gruppen und Vereine. Aufgabe der Kulturförderung kann es daher nicht sein, nur einige wenige „Leuchtturmprojekte“ zu unterstützen. Damit die kulturellen Angebote auch von Allen genutzt werden können, müssen Wege gefunden werden, wie zumindest ein Teil der zur Verfügung stehenden Karten z. B. im Apollo-Theater, im LYZ und im Gebrüder-Busch-Theater auch an interessierte Besucherinnen und Besucher vergeben werden kann, die sich die Tickets zum „Normalpreis“ nicht leisten können.

Migrantinnen und Migranten

DIE LINKE will eine lebenswerte Kommune für alle Menschen, die hier leben, ohne Benachteiligung und Diskriminierung. Akzeptanz und Toleranz der Unterschiede sind dabei für uns das Prinzip einer Integration, in der beide Seiten, Einheimische und Migranten aufeinander zugehen. Diese Integration sollte vom Staat, speziell auch auf kommunaler Ebene, aktiv unterstützt werden. Dazu gehört für uns auch das (zumindest kommunale) Wahlrecht für alle, die hier dauerhaft leben. Migranten sind eine Bereicherung für unsere Gesellschaft. DIE LINKE setzt sich deshalb für einen offenen Dialog zwischen Migranten und Einheimischen ein, um gegenseitige Vorurteile abzubauen und ein solidarisches und friedfertiges Zusammenleben zu ermöglichen.

Wir fordern alle Bürgerinnen und Bürger auf, den bei uns Asylsuchenden vorurteilsfrei gegenüberzutreten. Wir unterstützen alle Bemühungen diesen Menschen Unterstützung in vielfältiger Weise zukommen zu lassen um auch ihnen ein Leben in Würde zu ermöglichen.

Senioren- und Behindertenpolitik

Einer wachsenden Zahl älterer stehen immer weniger junge Menschen gegenüber und die Vielfalt der kulturellen und sozialen Milieus, aus denen die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes stammen, nimmt zu. Darauf muss sich die Politik auch in den Kommunen einstellen. Die Schaffung bzw. Unterstützung von Beratungseinrichtungen und Betreuungsangeboten gehört ebenso dazu, wie der barrierefreie Ausbau öffentlicher Gebäude oder Hilfen bei der Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs durch ältere Mitbürger und Mitbürgerinnen sowie Menschen mit Behinderungen. Wo bereits Angebote freier Träger vorhanden sind, müssen diese unterstützt und gefördert werden. Wo sie fehlen, sind Angebote in kommunaler Trägerschaft einzurichten.